Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Nachdem das *Tabakgesetz* in der eidgenössischen Volksabstimmung vom 5. Oktober d. J. mit dem beträchtlichen Mehr von 491 607 Ja gegen 232 032 Nein angenommen worden ist, hat sich eine lebhafte Diskussion ergeben um die Frage, welches *die grundsätzliche Bedeutung dieses Entscheides* sei und wie man ihn für die Zukunft auszulegen habe. Was die Abstimmung selbst betrifft, so hat es sich sehr deutlich ergeben, daß es nicht einfach ist, interventionistische Maßnahmen, die einmal in Kraft sind, wieder zu beseitigen, besonders dann, wenn gefühlsbetonte Momente eine Rolle spielen, wie dies im vorliegenden Falle zweifellos zutraf. Dabei hat es sich gezeigt, daß das Beharrungsvermögen sogenannter provisorischer Maßnahmen sehr groß ist, und es ist nicht ausgeschlossen, daß man sich dieses Umstandes bei der Abstimmung über die Preiskontrollvorlage vom 23. November erinnern wird. Was nun aber die Auslegung des Abstimmungsergebnisses auf weitere Sicht angeht, so ist hervorzuheben, daß in Kommentaren, die dem interventionistischen Lager entstammen, von einer «Weichenstellung» im Sinne einer extensiven Auslegung der Wirtschaftsartikel gesprochen worden ist. Da wurde u. a. gesagt, nicht das formale Recht sei ausschlaggebend, sondern eine «demokratische» Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Auch wurde die Bejahung der Tabakvorlage der Verneinung der ATO gegenübergestellt und der Ansicht Ausdruck gegeben, «weite Volkskreise hätten aus jenem Fehlentscheid etwas gelernt». In der «Gewerkschaftskorrespondenz» hieß es, diesmal enthalte das Abstimmungsergebnis «ein Bekenntnis zu einer ausgesprochenen Interventionsmaßnahme». Demgegenüber ist aber festzuhalten, daß die Bejahung der Tabakvorlage nach der Verwerfung der ATO und der Hotelbewilligungspflicht nicht als die Folge einer Wandlung in der Auffassung über die Grenzen der Handels- und Gewerbefreiheit angesehen werden kann, sondern daß die Stimmbürger offensichtlich den Eingriff in diesem beschränkten Gebiet gar nicht als eine ernstliche Begrenzung der Handels- und Gewerbefreiheit empfunden haben und sich im übrigen durch diese Maßnahme in der überwiegenden Mehrheit auch nicht persönlich betroffen fühlten, was bekanntlich bei Volksabstimmungen eine nicht geringe Rolle spielt. Was im übrigen die Anwendung und die Auslegung der Wirtschaftsartikel betrifft, so ist zu beachten, daß die extensiven Interpretationen im sozialdemokratischen Lager selbst auf Widerspruch gestoßen sind. Nachdem Nationalrat Gitermann seinerzeit direkt einer verfassungswidrigen Handhabung der Wirtschaftsartikel das Wort geredet hatte mit der Wendung, er nehme «verfassungswidrige Beschlüsse des Parlamentes mit Genugtuung auf, weil sie, wenn sie sich häufen, gleichsam den Rohstoff bilden, aus dem letzten Endes neue Verfassungsartikel geformt werden», erfuhr

er aus den Reihen der eigenen Fraktion scharfen Widerspruch. So hat bekanntlich Nationalrat Huber die Kontingentierung als verfassungswidrig bekämpft und seine Parteifreunde darauf hingewiesen, man dürfe bei der Beurteilung der Wirtschaftsartikel angesichts der erst im Jahre 1947 erfolgten Revision «nicht von veralteten Artikeln» sprechen. Auch Dr. E. Zellweger, früherer sozialdemokratischer Nationalrat, hat schon vor längerer Zeit davor gewarnt, willkürliche Auslegungen von Verfassungsartikeln zu treffen, indem er feststellte, «nichts könnte Staatsintervention und Planwirtschaft mehr diskreditieren als Willkür in ihrer Betätigung». Gerade der Sozialist müsse fordern: «Je mehr Sozialstaat, um so mehr Rechtsstaat». Auch Prof. Marbach hat in der «Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Zeitung» darauf hingewiesen, «die verfassungsmäßig niedergelegten Grundsätze des Wirtschaftsrechts dürften nicht beliebig interpretiert werden, etwa so, wie es nach der «Privatvernunft» irgend einer Interessengruppe als zweckmäßig erscheint». Bundesrat Feldmann hat erst kürzlich erklärt, es sei unrichtig, den Einwand eines Verstoßes gegen die Verfassung als Formaljuristerei oder Haarspalterei zu bezeichnen. Vor einer derartigen Einstellung könne nicht eindeutig genug gewarnt werden. Die Verfassung sei das Fundament der staatlichen Gemeinschaft. Man wird sich diese Worte zu merken haben in der weiteren Diskussion um die Anwendung der Wirtschaftsartikel, die zweifellos nicht ausbleiben wird.

Jann v. Sprecher

Freiheit, Persönlichkeit, Staat

Erste Herbsttagung der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau

Es ist eine der interessantesten, aber auch der bedenklichsten Erscheinungen unserer Gegenwart, daß bei einer Politik, die sich so intensiv mit Wirtschaftsfragen auseinandersetzt und damit mehr in das Leben jedes Einzelnen eingreift als dies je zuvor der Fall war, daß bei einer solchen Politik das Interesse des Einzelnen und vor allem der jungen Generation an der aktiven Politik in immer größerem Maße abnimmt. Mannigfache Faktoren tragen zu diesem Schwinden der politischen Aktivität großer Bevölkerungsteile das ihre bei, und es ist hier nicht der Ort, auf ihre Vielzahl einzugehen. Sicher ist, daß einer der wichtigsten Gründe in der Form liegt, die unser politisches Leben angenommen hat, in der Erstarrung von Parteien und materiellen Interessen, die es dem idealen Hochflug vieler Jugendlichen, die am Eintritt ins Bürgerleben stehen, von vorneherein hoffnungslos erscheinen lassen, durch aktive Mitarbeit an der politischen Auseinandersetzung irgend etwas zu ändern oder zu erreichen.

Jede Epoche, jeder Staat hat sein eigenes Eliteproblem. Wenn es den politischen Trägern unseres Staates, der bis dahin ein freiheitlich-bürgerlicher Staat gewesen ist, wenn es unseren bürgerlichen Parteien nicht gelingt, die jugendliche Elite zu gewinnen, sie zu interessieren, einzuspannen in die große Aufgabe und sie zu diesem Zweck auch zu schulen, dann wird dieser freiheitlich-bürgerliche Staat der Verknöcherung, der Überalterung anheimfallen und in den sterilen Interessenkampf einzelner Gruppen absinken.

Solche Überlegungen mögen den Entschluß der Leiter der *Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau (Redressement National)* bestimmt haben, an die 40 junge Männer vom 19. bis zum 21. September ins Hotel Gießbach am Brienzersee zu einer Studientagung einzuladen. Inmitten eines der schönsten Flecken unserer heimat-

lichen Landschaft fanden sich hier Studenten, junge Berufstätige, Angehörige von politischen Parteien und politisch unbeschriebene junge Männer zusammen, um sich beim Anhören von Vorträgen und in Diskussionen und Aussprachen von Mann zu Mann Rechenschaft zu geben über das, was unserem Vaterlande heute nottut.

Es lag nahe, daß die Veranstalter, denen es darum ging, Gesinnungs- und Kampfgefährten zu finden unter ihren jungen Gästen, vorerst diese aufklärten über das Grundsatzprogramm der im Jahre 1936 gegründeten Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau. Diese Aufgabe löste der Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft, Dr. *Eduard Seiler* (Zürich). Der Charakter der Bewegung wird vor allem dadurch geprägt, daß sie überparteilich ist und sich auf den politisch verantwortlichen Einzelmenschen und nicht auf Parteien und Verbände stützt. Es geht ihr um die Bekämpfung all jener Tendenzen, die heute unseren demokratischen Freistaat auszuhöhlen drohen. An erster Stelle steht der Kampf gegen die Abwertung der Verfassung, gegen den politischen Utilitarismus. Das Überhandnehmen des Verwaltungsapparates und die auf stetem Nachgeben gegen links beruhende Fiskal- und Finanzpolitik bilden die beiden anderen Erscheinungen, deren Bekämpfung die Aktionsgemeinschaft sich zum Ziele setzt. Dieser dreifache Kampf richtet sich aus nach den tragenden Säulen unseres Staates, der dreifachen Freiheit, die es zu wahren gilt: die liberale Freiheit, welche die staatsfreie Sphäre des Bürgers gewährleistet: die demokratische Freiheit, welche als Kriterium des Rechtes nur die Mehrheit des Volkes und der Stände anerkennt; und schließlich die föderalistische Freiheit, welche eine genaue Ausscheidung der Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen und eine Respektierung der Selbständigkeit der letzteren verlangt.

Der Mechanismus der Willensbildung in der heutigen Demokratie wurde in einem Vortrag von Dr. *Robert Eibel* (Zürich) skizziert. Das Hauptgewicht seiner Ausführungen lag auf der Darstellung der technischen Maschinerie der Gesetzgebung, wie sie sich vom parlamentarischen Vorstoß über die Expertenkommissionen, die Ratskommissionen, die Ratsverhandlungen und eventuell die Volksabstimmung abspielt. Das Postulat nach gesetzlichen Normen für die Arbeit der Verbände bei der Gesetzgebung sowie die Notwendigkeit, neben den Interessenstandpunkten das Gesamtwohl nicht aus den Augen zu lassen, wurden in den Vordergrund gerückt und bildeten die Hauptpunkte der anschließenden Diskussion.

Der Fabrikant Dr. *Heinrich Spoerry* (Wald) sprach unter dem Titel «Freie Wirtschaft und Staat» über die Erfahrungen eines Unternehmers. Er wandte sich gegen die naive Staatsgläubigkeit, die sich nicht nur bei den Arbeitnehmern, sondern auch bei den Arbeitgebern mehr und mehr breit macht. Die Aufgabe des Staates in einer geregelten Marktwirtschaft liegt allein in der Gewährung des Rechtsschutzes, in der Wiederherstellung des Wettbewerbes in den degenerierten Wirtschaftszweigen und in einem durch ganz bestimmte Grenzen beschränktem Eingreifen zur Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit. Die Ablehnung des Staatsinterventionismus darf aber nicht in eine sture Staatsfeindlichkeit ausarten. Der Mensch als Mittelpunkt in der Wirtschaft muß auch wieder der Mittelpunkt im Staatsleben werden, als Subjekt und Objekt jeder staatlichen Entscheidung.

«Was wird von unserer heutigen Gesetzgeberei einmal übrigbleiben?», diese Frage stellte Dr. *Leo Schürmann* (Olten) in seinem Vortrag über «Die rechtsstaatlichen Prinzipien der Gesetzgebung in Theorie und Praxis». Die Gesetzgebung ist heute nicht mehr von Ideen beherrscht, sie ist aphoristisch geworden. Es fehlt an einem gesetzgeberischen Programm. Das private Recht wird zugunsten des öffentlichen Rechtes immer mehr beschränkt. Es fehlt ebenfalls an einer seriösen Verfassungspraxis. Es darf als fragwürdig bezeichnet werden vom juristischen Standpunkt gesehen, ob bei strittiger Verfassungsmäßigkeit einer Vorlage das Volk über diese Verfassungsmäßigkeit entscheiden kann. Das Prinzip der Subsidialität ist verloren gegangen. Die Kantone und in ihnen die Gemeinden sind primär. Dadurch,

daß man heute immer direkt an den Bund gelangt, werden die Kantone in der Gesetzgebung erdrückt. Durch diese Mängel in der Gesetzgebung wie durch die Überproduktion von Gesetzen wird das Gesetz als verpflichtende Norm entwertet. Als Gegenkräfte gegen diese gefährliche Entwicklung schlug der Referent folgende Anregungen vor, die in der Diskussion von verschiedener Seite noch näher beleuchtet wurden: Ernsthafte Erziehung der Jugend und vor allem der jugendlichen Elite zum Staat; Kodifizierung des Gesetzgebungsverfahrens; Sicherung der Verfassungspraxis, zwar nicht durch Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit, wohl aber durch ein entsprechendes Organ, etwa eine konsultative Verfassungskommission, zusammengesetzt aus anerkannten Juristen.

Ernst Jucker (Tann-Rüti) befaßte sich in einem weiteren Referat mit den «Mitteln und Wegen zur politischen Aktivierung des Bürgers», wobei er vor allem den Zuhörern ans Herz legte, aktiv in den Parteien mitzumachen, da eine Wandlung unserer Politik nur aus einer Erneuerung der historischen Parteien von innen heraus erzwungen werden kann.

Es würde zu weit führen, hier die verschiedenen Gedanken wiederzugeben, welche in den interessanten Diskussionsstunden geäußert wurden. Sie kreisten im wesentlichen um die großen Probleme, welche sich für den verantwortlich denkenden Bürger aus der Beschränkung der Freiheit durch den modernen Staat ergeben. Und rückblickend waren es doch wohl diese Diskussionsstunden, die am meisten zum Gelingen der Tagung, zur Klärung der Geister und zum Wecken der Einsatzfreudigkeit bei den jüngeren Teilnehmern beitrugen. *Es ist zu hoffen, daß diese erste Herbsttagung der Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau nicht die letzte ist, sondern zum Ansatzpunkt einer im Dienste an unserem Lande fruchtbaren Tradition wird.*

Rudolf A. Heimann

Rußlands Ostseewall

Längs der Ostseeküste von Kronstadt bis zur Lübecker Bucht sind die Sowjets dabei, ihre einzelnen Stützpunkte durch fortlaufende Befestigungen zu verbinden. Deutsche, Polen, Litauer, Letten und Esten wurden gleichermaßen zu dem gigantischen Bau herangezogen, dessen Leitung in den Händen russischer Festungsbauer und technischer Offiziere der Roten Armee liegt.

Im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands werden die Arbeiten von politischen Häftlingen, Arbeitsbataillonen der Volksarmee und Einheiten des «Dienstes für Deutschland» ausgeführt. Diese Gruppen unterstehen der sowjetischen Kontrollkommission und werden vom russischen Staatssicherheitsdienst überwacht. Die untergeordneten sowjetdeutschen Wachorgane stellen die sogenannte Seepolizei und der SSD des Herrn Zaißer alias General Gomez. Drei Hauptstützpunkte sind im östlichen Deutschland vorgesehen: Wismar in der Nähe der Demarkationslinie zum Westen, die Insel Rügen und die Insel Usedom vor der Odermündung, deren östliche Hälfte mit Swinemünde als Festung unter polnischer Verwaltung steht. Das Schwergewicht liegt zur Zeit auf den

militärischen Anlagen von Rügen

Die sowjetischen Garnisonen dort wurden im letzten Vierteljahr verdoppelt und betragen jetzt 20 000 Mann — eine kriegsstarke Division.

Die Insel wurde im August dieses Jahres unter Kriegsrecht gestellt. Von 21 Uhr bis 6 Uhr ist Ausgangssperre, Fremde dürfen die Insel nur noch mit be-

sonderen Aufenthaltsgenehmigungen betreten. Die weltbekannten Badeorte der grünen Insel sind bis auf die wenigen Funktionäre der Staatspartei und einzelne «Helden der Arbeit» oder «Aktivisten» leer. Den Bewohnern wurde so die Existenzbasis entzogen. Die Fischerflotten wurden fast alle verstaatlicht oder an Rußland ausgeliefert. Um die Flucht von Rügen nach Schweden unmöglich zu machen, sind die schwimmenden Verbände der sowjetdeutschen Marine zum größten Teil zur Isolierung der Insel eingesetzt. Selbst die kleinsten Fahrzeuge werden bei jedem Ein- oder Auslaufen gründlich durchsucht. Im Zuge dieser Maßnahmen stellten die Ostberliner Behörden im russischen Auftrag den Fährverkehr des Rügener Hafens Saßnitz mit der schwedischen Stadt Trelleborg ein. In Zukunft sollen die Fähren das 100 Kilometer westlich gelegene Warnemünde anlaufen. Schweden beabsichtigt jedoch, neue Verbindungen mit westdeutschen Häfen an der Ostsee einzurichten. Auch die einzige Landbrücke der Insel, der Rügendamm, ist für den normalen Verkehr gesperrt worden.

Gemeinsam mit sowjetischen Einheiten sind Sträflingskolonnen und Arbeitsdienst-Truppen dabei, auf Rügen Flugplätze für Bomber und Düsenjäger anzulegen. Ferner wird eine Raketenabschußbasis errichtet, welche die Fortsetzung gleichartiger Anlagen auf Usedom darstellt. Saßnitz soll zu einem Kriegshafen ausgebaut werden, der auch größeren Schiffen Platz bietet. Das interessanteste Projekt aber ist der Durchstich der Landenge zwischen dem Jasmunder Bodden und dem Tromper Wiek. Hier soll ein U-Boothafen erstehen, der den ehemaligen deutschen Atlantik-U-Bootstützpunkten völlig gleicht. Allein 4000 KZ'ler sind in Baracken und Zelten (!) untergebracht, um die Erdarbeiten auch im Winter durchzuführen. Einige Fischerdörfer wurden evakuiert und ihre Häuser mit Soldaten der neuen Armee belegt. Die sowjetischen Truppen wurden abseits dieser Unterkünfte stationiert. Laut Plan soll Rügen bis 1954 eine moderne Festung sein, die mit allen Waffen zu Wasser, zu Erde und der Luft ausgerüstet ist.

Der Polen zugesprochene

Hafen von Stettin

ist für die Rote Flotte unbrauchbar, da die Fahrtrinne und das Haff total versandet sind. Alle Bagger wurden in die Sowjetunion «zwangsexportiert», das tragen die Polen noch heute den Russen nach. Von Neuproduktion dieser komplizierten Schiffe ist keine Rede. Nur die Stettiner Vulkanwerft ist für die Sowjets von Nutzen, hier werden Schnell-, Minen-, Räum- und Hafenschutzboote gebaut. Swinemünde auf Usedom dagegen muß jetzt Stettins Aufgaben übernehmen. Die russische Ostseeflotte legte den Hafen weitgehend in Beschlag und errichtete große Funkpeilanlagen. Zu diesem Komplex zählen auch die Raketen-Versuchsstationen Peenemünde, die von Hitler eingerichtet und von den Russen übernommen wurden. 1945 demontierte man die Anlagen, sie sind zum Teil wieder aufgebaut und arbeiten unter sowjetischer Kontrolle mit ehemaligen deutschen V-Waffen-Spezialisten.

Aus strategischen Gründen liegt das Schwergewicht des Ostseewalles im polnischen Raum nicht auf Stettin-Swinemünde, sondern auf der «sozialistischen Dreistadt»

Danzig-Zoppot-Gdingen

Zwischen diesen Festungen liegt die alte deutsche Stadt Kolberg in Pommern, die als Nachschub- und Schlechtwetterhafen für die Rote Flotte ausgebaut wird. Der Ausbau des Kolberger Hafens und der Strandbefestigungen wurde dem polnischen Arbeitsdienst «Dienst an Polen» übertragen. Infolge zahlreicher Desertionen aus diesem vormilitärischen Verband wurden im Herbst dieses Jahres politische Häftlinge aus dem KZ-Zuchthaus Naugard eingesetzt, das mit 5000 Sträflingen Pommerns größtes Schreckenslager ist.

In der Dreistadt wird fieberhaft gearbeitet, die sieben Hafenbecken von Gdingen bieten fast wieder das alte Bild. 100 000 Menschen bauen neue Schiffe, erweitern den Hafen und befestigen die Umgegend. 600 000 Bruttoregistertonnen sollen am Ende des Sechsjahrplanes alle zwölf Monate fertiggestellt werden. Der Handelsschiffbau ist geringfügig, in der Hauptsache werden sowjetische Aufträge für Kriegsschiffe ausgeführt. Polnische Kriegsschiffe dürfen nur mit geringer Tonnage hergestellt werden. Die Kadettenschulen sind überfüllt, Zehntausende befinden sich in diesem Raum in militärischer Ausbildung. Auch die Zivilbevölkerung wird militarisiert. Überall werden sogenannte Wehrdörfer gebildet, nachdem sowjetische Fischer in dieser Form auf der Kurischen Nehrung angesiedelt worden sind. Bauernhöfe werden vorzugsweise an junge Leute mit abgeschlossener militärischer Ausbildung vergeben. Rußland achtet stark darauf, daß Polen dieses Gebiet sichert und im sowjetischen Interesse weiter festigt.

Die ostpreußischen Häfen

Pillau, Königsberg und Memel

stehen ausschließlich unter sowjetischer Direktive. Die Bevölkerung setzt sich aus Russen zusammen, die nach hier verpflanzt wurden. Einige wenige zurückgehaltene Deutsche werden vornehmlich zum Aufbau der Hafenanlagen benötigt. Sie werden auch in absehbarer Zeit keine Ausreisegenehmigung erhalten. Überdies wissen sie zu viel von den Stützpunkten der russischen Ostseeflotte. In Pillau befinden sich wie im Dritten Reich umfangreiche Ausbildungslager, während Memel und Königsberg in erster Linie als Standorte größerer Flotteneinheiten dienen.

Libau in Lettland

wurde nach der zweiten Besetzung durch die Russen mit den Häfen Windau und Riga als Gegengewicht zum schwedischen Gotland ausgebaut. Der Handelshafen wurde im vorigen Jahr zugunsten des Kriegshafens aufgelöst. Die Stadt darf auch von Sowjetbürgern nur mit besonderen Erlaubnisscheinen betreten werden. In Riga und Windau sind die Abriegelungsmaßnahmen weniger dramatisch, da durch diese Städte ein Teil des Außenhandels abgewickelt wird. Dagö und Ösel, die Inseln nördlich der Rigaer Bucht, sind dagegen Versuchsgelände der Roten Armee und Sperrgebiet ersten Ranges. Die einheimische Bevölkerung wurde ausgewiesen und später in das Innere Rußlands verbannt. Um die Inseln hermetisch abzuschließen, haben die Sowjets sogar die Küstenschutzboote, die den Zutritt vom See her verhindern sollen, mit Beamten ihrer Geheimpolizei besetzt.

Ähnlich steht es mit der Kontrolle und Überwachung des russischen Stützpunktes

Reval

am Eingang des Finnischen Meerbusens und Kronstadt vor Leningrad. Von hier dringen nur sehr spärliche Nachrichten durch, im Gegensatz zu den Häfen der okkupierten Länder, aus denen immer wieder Menschen die Flucht gelingt oder die Widerstandskämpfer Mitteilungen herausschmuggeln. Nördlichster Punkt der gesamten Festungsreihe ist die Halbinsel Porkala in Finnland, die Reval gegenüberliegt und den Finnischen Meerbusen von Norden her deckt. Die Finnen mußten sich im Friedensvertrag mit den Sowjets verpflichten, dieses Gebiet abzutreten.

Die Anlage dieses Gürtels schwerer und schwerster Festungen läßt gewisse Rückschlüsse auf die russische Ostseepolitik zu. Die Verdichtung der Stützpunkte im deutschen Raum läßt darauf schließen, daß Rußland bestrebt ist, einen Ausgleich für die Tatsache zu schaffen, daß der Zugang zur Ostsee von Dänemark,

Norwegen und Schweden beherrscht wird. Außerdem ist ihnen an dieser Stelle das dänische Bornholm sehr unangenehm, obwohl es unbewaffnet ist. Die Waffenschmiede und Ausbildungsstätte in der Danziger Bucht soll ein für allemal den polnischen und somit auch den sowjetischen Anspruch auf diesen Zugang dokumentieren und halten. Die baltischen Stützpunkte mit der Rigaer Bucht und die sowjetischen Festungen Reval,

Kronstadt und Porkala

können jederzeit als Ausfallstor dienen. Man sollte nicht vergessen, daß der «polnische» Oberbefehlshaber, Marschall Konstantin Rokossowski, in der Armeezeitung «Zolnierz Wolnosci» von der Ostsee als dem Baltiiskoe More sprach. Und das heißt Russisches Meer!

Wolfram Daniel

Bericht aus Paris

Die glanzvolle Rede, die Jean Monnet im vergangenen Sommer in seiner Eigenschaft als Präsident der Hohen Behörde der

Europäischen Kohlen- und Stahlgemeinschaft

gehalten hat, ist am Vorabend der Rückkehr der Parlamentarier in politischen Kreisen Gegenstand vielfacher Kommentare gewesen. Niemand bestreitet indessen die außergewöhnliche Bedeutung des Exposés, noch vor allem seine internationale Tragweite. Es eröffnete, wie man sich erinnern wird, die in Luxemburg abgehaltene erste Sitzung der Mandatare der sechs Mitgliedstaaten: Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, und enthielt die Bestätigung des kürzlich ratifizierten Vertrages. In dieser Ratifizierung erblicken manche einen Vorboten des neuen Europa; sie beglückwünschen sich zu allen künftigen Verwirklichungen, die der großzügige Gedanke schon zu erwarten erlaubt. Andere wieder verurteilen die Ratifikation im Gegenteil als Frucht der persönlichen Politik Robert Schumans, dem sie vorwerfen, seine Verhandlungen ausschließlich geheim geführt zu haben. «Wann hat man die Franzosen darüber befragt, ob sie aufhören wollen, Franzosen zu sein, um Europäer zu werden? Wann dem Parlament mitgeteilt, daß sich unter der Decke einer Wirtschaftsorganisierung sein Verfall vorbereite?» In so temperamentvollen Formulierungen drücken sich Herrn Schumans Pool-feindliche Gegner aus. Dabei steht allerdings eines fest: daß die neue Institution mit den Methoden der Vergangenheit bricht und gewissermaßen eine föderalistische Ära einleitet. Es ist dies für den Okzident eine ungeheure Umwälzung, was Herr Monnet betont hervorhob, als er sich im Namen aller Mandatare verpflichtete, «im vollen Interesse der Gemeinschaft zu arbeiten und von keiner Regierung irgendwelche Vorschriften anzunehmen, um so den übernationalen Charakter der Institution zu wahren». Herr Monnet wies auf die unabsehbaren Möglichkeiten hin, die sich künftig der Union bieten werden. Die zusammengelegten Hilfsmittel bilden eine auf der ganzen Welt einzig dastehende Ressourcenhäufung. Mit Eisen ist die Organisation besser versehen als Rußland; mit Kohle kann sie sich England gleichstellen; mit ihrer Bevölkerung den Vereinigten Staaten. Obschon England und Amerika sich gegenwärtig noch nicht beteiligen, weist man gerne darauf hin, daß die beiden angelsächsischen Großmächte schon Fühlung mit der neuen Institution genommen haben. Bald, so verkünden ihre Befürworter, wird die Hohe Behörde

auch «auf anderen Gebieten zuständig sein, nicht mehr nur auf denen der Kohle und des Stahls». Soll man diese sibyllinischen Worte dahin auslegen, daß die in Luxemburg tagenden Mandatare sich vorbehalten, in naher Zukunft den Plan zu einer europäischen Verfassung auszuarbeiten? Alle, welche die Hoffnung nicht aufgeben, dem jungen Europa eine lebensmögliche Existenz zu bereiten, werden mit Interesse die in Luxemburg geförderten Arbeiten verfolgen; allerdings leistet ein Teil der französischen öffentlichen Meinung noch Widerstand.

Unterdessen hat

Herr Pinay

seine parlamentarische Stellung so deutlich verstärkt, daß alle gegen ihn ins Werk gesetzten Angriffe vertagt und auf das nächste Jahr übertragen werden mußten. Die Sozialisten, die nicht wünschen, in diesem Augenblick eine Ministerkrise heraufzubeschwören, beobachten strikte Neutralität. Die S. F. I. O. verhehlt sich natürlich nicht, daß diesem Ministerium, sollte es stürzen, eine ähnliche, auf derselben Mehrheit ruhende Zusammensetzung nachfolgen müßte, da heute jede andere Kombination ausgeschlossen erscheint. Die gaullistischen Dissidenten, deren Spezialfall wir ja unlängst hier analysiert haben, was den Lesern noch erinnerlich sein dürfte, ziehen aus der schätzbaren Unterstützung, die sie der Regierung leisten, ihren Vorteil. Ihr Beispiel könnte Nachahmung finden und möglicherweise andere Rebellen veranlassen, der gaullistischen Orthodoxie den Rücken zu drehen, die immer noch selbstherrlich und herausfordernd auftritt. Was die Kommunisten betrifft, so haben sie soeben ihre unverbrüchliche Treue zu Moskau erneut besiegelt, und da darf man auch bei der Nachricht über die Exkommunizierung der Herren Marty und Tillon, gestern noch die «Helden des Schwarzen Meeres», nicht an eine revolutionäre Lockerung zu glauben beginnen. Obgleich die beiden Ketzer vorerst unterlassen haben, sich nach dem Beispiel so vieler anderer kopfüber in Reue zu stürzen, ist es doch unwahrscheinlich, daß sie jemals an die Spitze eines französischen «Titoismus» treten würden, wie man allzu rasch prophezeit hat. Auf dem Schauplatz des kalten Krieges, auf den die Sowjets immer wieder ihre Tätigkeit verlegen, muß die Verurteilung der Extremisten, der «Harten», als eine Rückkehr zur «Politik der ausgestreckten Hand» gedeutet werden. Die Rede Malenkows beim Kongreß von Moskau hat unmißverständlich das seit langem systematisch verfolgte Manöver aufgedeckt: Zwietracht zwischen den westlichen Alliierten zu stiften. Einzig die «Neutralisten», deren wachsenden Einfluß auf einen Teil der Volksmeinung man freilich nicht unterschätzen darf, werden sich von dieser Propaganda fangen lassen, die einen angeblichen Imperialismus der Amerikaner dem Friedens- und Verständigungswillen des britischen und des französischen Volkes entgegenzustellen versucht.

Die Regierung hat beschlossen, in der

tunesischen Frage

eine feste Haltung einzunehmen. Sie stellt sich auf den Standpunkt, daß eine Behandlung der arabisch-asiatischen Klage durch die Uno nicht zulässig sei. Die offizielle Argumentation hiefür ist in der Charta von San Francisco enthalten, aus welcher eben die Inkompetenz der Uno hervorgeht, nachdem weder Marokko noch Tunesien auf der Liste der unter internationaler Bevormundung stehenden Territorien figuriert. Zusammenfassend ließe sich sagen, daß Frankreich aufs neue seine Absicht kundgibt, die hängigen Streitigkeiten in direkter Auseinandersetzung zu schlichten. Es hält dafür, daß der Erfolg seiner Politik bis zu diesem Augenblick durch die Haltung der USA selber beeinträchtigt war, welche durch Ermutigung der einheimischen Nationalismen die Aufgabe der französischen Regierung gewaltig

kompliziert haben. In dieser Hinsicht hat die am 8. Oktober durch Washington überreichte Note, deren Annahme der Ministerpräsident, unterstützt durch Herrn Vincent Auriol, ablehnte, einen einzigen und einmütigen Protest im Ministerrat hervorgerufen. Herrn Pinays Einfluß erfuhr dadurch im Augenblick der Eröffnung der neuen parlamentarischen Session eine wesentliche Befestigung. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß die Wiederaufrichtung vorwärtsschreitet, daß das Budget voraussichtlich ohne Zwischenfall angenommen wird und daß die politischen Kongresse dieses Monatsendes dem Kabinett Pinay keine unübersteigbaren Hindernisse in den Weg legen werden.

Es ist nicht zu leugnen: seit einigen Monaten macht sich in den

französisch-amerikanischen Beziehungen

ein gewisses Mißbehagen fühlbar. Natürlich hütet man sich, daraus voreilige Schlüsse zu ziehen, welche nur dazu angetan wären, einer politischen Entwicklung zu schaden, welche die große Mehrheit des Landes billigt; doch besteht zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten eine Meinungsverschiedenheit, welche das westliche Europa als Ganzes angeht. Während Jahrhunderten hatte dieses seine Angelegenheiten entsprechend eigenen Konzeptionen und Interessen verwaltet; es duldet heute nur ungern, in den zweiten Rang gewiesen und häufig durch schwerwiegende, seine Zukunft festlegende Beschlüsse vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Frankreich, das seine Traditionen besitzt, seine eigene Art zu denken und zu handeln, kann den von den Vereinigten Staaten gegen seine Auffassungen erhobenen Vorwurf des Kolonialismus schwer begreifen. Man scheint drüben zu vergessen, daß es in Indochina die Unabhängigkeit der assoziierten Staaten aus freien Stücken proklamieren ließ; und ist es im tonkinesischen Delta militärisch noch anwesend, so deshalb, weil es dort im Interesse Aller und unter außerordentlichen Opfern die Sache der freien Völker verficht. Diese Lage ist es denn auch, die General de Gaulle zum Argument dient, um die amerikanische Haltung zu kritisieren, wie er es wieder in strengen Worten anläßlich des Kongresses des R.P.F. getan hat. Er verurteilt das atlantische System in der jetzigen, seiner Meinung nach für «Beschützer» und «Beschützte» gleich irritierenden Form. Immerhin ist es mehr als fraglich, ob sich Frankreich einer internationalen Politik anschließen wollte, die nicht die amerikanische Freundschaft zur Basis hätte. Keine überstürzte Annäherung an Moskau, wie sie sich am Tage nach der Befreiung vollzog und von der Frankreich nur einen bitteren Nachgeschmack behalten hat, könnte heute die Billigung des Landes erlangen. Herr André Siegfried gibt dieser Tatsache einen treffenden Ausdruck, wenn er sagt: «Es gibt für Frankreich und für die Vereinigten Staaten keine andere Politik als die, zusammenzubleiben: wollten die Amerikaner weggehen, dann hielten wir sie zurück».

Der Tod René Groussets

versetzt die Welt der Wissenschaft und der Künste in Trauer. Ein Licht des Pariser Lebens ist erloschen; eine Gestalt, eine der liebenswertesten, in den Schatten geglitten. Diesem schönen, so köstlich ausgestatteten Geist war ein bedeutendes Werk historischer Synthese gelungen — eine große Seltenheit. Seine breite Ausführlichkeit, eine gewisse verschwenderische Zersplitterung, konnte man gelegentlich vielleicht beanstanden; allein das war der Tribut, den er seiner auserlesenen Gentillesse, die nichts zurückhalten, auch sich selber nicht verweigern konnte, entrichtete. So sehr gab er sich seiner Zeit und seinen Zeitgenossen hin, wie er auch leidenschaftlich der Erforschung der großen vergangenen Epoche lebte. Seine monumentale Geschichte der Kreuzzüge, die Geschichte Asiens, die Geschichte von China,

die Geschichte der Mongolen bleiben eindringliche Initiationen in das Denken des Orients. Unvergleichlich darüber hinaus erhebt sich jedoch seine im Jahre 1946 erschienene *Bilanz der Geschichte,* die zweifellos eines der bestdurchdachten Bücher unserer Zeit ist. Hier spricht der Historiker als Philosoph: er stellt das Versagen der einander folgenden Zivilisationen fest, den starren Eigensinn der Menschheit, sich ihr Verderben selber zu bereiten, die Torheit, den endlich erreichten Erfolg, das mühsam Aufgebaute mit eigenen Händen wieder zu zerstören. Soll man verzweifeln? Nein, denn nach jeder Katastrophe spannt sich die Anstrengung frisch an, und mit neuem Glauben geht der Mensch immer wieder an die Bestehung des gleichen Abenteuers. Verkündung hoher Weisheit, verklärter Heiterkeit, zeigt uns das Werk René Groussets auch das Kreuz. Und zwar als einzige die Geschichte dominierende, der unglücklichen Menschheit Hoffnung auf Errettung schenkende Wahrheit.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus Italien

Angesichts des feurigen Temperamentes der Italiener, das sich ja in der individuellen Sphäre bei jeder Gelegenheit auf vehemente Weise äußert, überrascht der ruhige Verlauf der Politik in unserem Nachbarlande einigermaßen. Die Rekonvaleszenzperiode nähert sich ihrem Abschluß. Italien entwickelt sich dabei immer mehr zum Musterknaben, den die amerikanischen Mentoren gerne den widerspenstigen und zänkischen Brüdern der europäischen Völkerfamilie als tugendhaftes Vorbild vor Augen führen.

Natürlich hüten wir uns wohl, diese relative Ruhe als Dauererscheinung zu betrachten, — schon aus dem alleinigen Grunde, weil sie weitgehend das Werk *eines* Mannes ist; wir meinen den

Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi

der mit Recht als einer der großen Staatsmänner in die Geschichte Italiens und Europas eingehen wird.

Die Integration unseres Rumpfkontinentes ist ideell schon so weit fortgeschritten, daß bei seinen bedeutenden Staatsmännern nationales und gesamteuropäisches Wirken nicht mehr voneinander zu trennen ist. De Gasperi ist ein treffliches Beispiel hierfür. Er hat eine sehr rege diplomatische Reisetätigkeit hinter sich: am Tauffest der Montanunion in Luxemburg Ende September und an der kurz darauffolgenden Tagung des Europarates in Straßburg war er einer der Hauptbefürworter eines raschen europäischen Zusammenschlusses. Sein eine Woche später in Bonn erfolgter Staatsbesuch war vor allem eine Geste der Courtoisie an die Adresse von Bundeskanzler Adenauer. Größere politische Probleme zwischen Deutschland und Italien bestehen augenblicklich nicht, so daß die Diskussion vor allem kulturellen und wirtschaftlichen Belangen galt. Daß daneben De Gasperi sicher mit seinen deutschen Gesprächspartnern auch die *Saarfrage* eingehend erörterte und zu Konzilianz riet, darf als wahrscheinlich betrachtet werden. Mit Sorgen betrachtet man in Rom die äußerst langsamen Fortschritte der deutsch-französischen Verständigung in dieser dornigen Frage, die als schwere Hypothek auf den europäischen Einigungsbestrebungen lastet. Wenn auch die Bonner Verträge bislang vom italienischen Parlament noch nicht ratifiziert worden sind, so

besteht doch kein Zweifel, daß dies geschehen wird. Wenn man dies nur von Paris und Bonn ebenso sicher sagen könnte!

An der Straßburger Tagung hatte De Gasperi auch Gelegenheit, mit Eden vor dessen Belgrader Reise den italienischen Standpunkt in der

Triestiner Frage

zu besprechen, der seit einigen Monaten weit vernünftiger geworden ist. Man gibt sich heute in Rom Rechenschaft, daß man nicht die ganze Zone B des «freien Territoriums von Triest» von Tito verlangen kann. Aus diesem Grunde wäre man nun mit einer Teilung auf ethnographischer Basis, oder — was bei freien Wahlen wohl auf dasselbe herauskommen dürfte — auf Grund der Ergebnisse eines im strittigen Gebiete abzuhaltenden Plebiszites einverstanden. Wenn man jetzt in Rom zu solch' bedeutenden Konzessionen bereit zu sein scheint, dürfte aber in Belgrad nach wie vor sture Intransigenz Trumpf sein. Tito ist sich seiner militärischen Bedeutung für Westeuropa natürlich haargenau bewußt, so daß er trotz seiner Bedrängnis in dieser Frage unnachgiebig bleibt. Aller Voraussicht nach dürfte das Triestiner Problem noch eine lange Zeit seiner endgültigen Erledigung harren. Wenn dieses auch gegenwärtig keinen virulenten Gefahrenherd bildet, so verhindert es doch eine Annäherung Italiens und Jugoslawiens, die allein schon aus militärischen Gründen dringend zu wünschen wäre. Wenn ja auch die italienische Aufrüstung Fortschritte macht — der Verteidigungsminister Pacciardi kündigte kürzlich an, daß Ende 1953 Italien auf 15 Divisionen zählen könne gegenüber den gegenwärtigen, noch nicht voll ausgerüsteten 12 —, so ist sie doch immer noch zu gering für das ausgedehnte Land.

Die italienische Presse hat die

Föderation seiner ehemaligen Stammkolonie Erythräa mit Abessinien

kommentarlos kurz erwähnt. Gerade in diesen Oktobertagen sind es 17 Jahre her, seit Mussolinis Divisionen von Asmara, der erythräischen Hauptstadt, zur Eroberung Äthiopiens aufbrachen. Und nun weilt der Negus für einen mehrwöchigen Aufenthalt dort, froh über die Erfüllung seines jahrzehntelangen Wunsches nach einem direkten, modernen Hafen — Massaua — am Meer.

Wichtigere Dinge bereiten sich in der Innenpolitik vor, die schon ganz auf die im kommenden Frühjahr abzuhaltenden Parlamentswahlen ausgerichtet ist. Der in der ersten Oktoberhälfte in Genua abgehaltene Kongreß der Sozialdemokraten dürfte wesentlich zur Klärung der Lage beigetragen haben. Zwar konnte für die *vier* (!) Tendenzen keine einheitliche Marschrichtung aufgestellt werden; nachdem aber Saragat die größte Stimmenzahl erhielt, ist damit zu rechnen, daß er neben den andern «capi di corrente» Romita (Zentrum links), Codignola (linker Flügel) und Simonini (rechter Flügel) wieder maßgeblich in die Parteileitung eingreifen wird. Aller Voraussicht nach ist zu erwarten, daß nun die Sozialdemokraten mit den drei bürgerlichen Parteien («Democrazia Cristiana», Liberale und Republikaner) jene von den vernünftigen Elementen des ganzen Landes erwartete *Wahlkoalition* eingehen werden, die einen Sieg der Rechts- oder Linksextremisten im kommenden Wahlkampf unmöglich machen dürfte. Um auf alle Fälle die zu erwartende Parlamentsmehrheit so stark werden zu lassen, daß — wie in der vergangenen Legislaturperiode — die staatserhaltenden Parteien die Übermacht haben, wird das italienische Parlament demnächst über ein neues Wahlgesetz befinden, das der gewinnenden Wahlkoalition (Voraussetzung ist die Erreichung von mindestens 50,1% aller Stimmen) gemäß dem Satz: wer hat, dem wird gegeben, eine «Mehrheitsprämie» (premio maggioritario) zuerkannt werden soll: die gewinnende Allianz soll

über $^2/_3$ aller Mandate verfügen, die unter die gewinnenden Einzelparteien aufgeteilt würden. Es liegt auf der Hand, daß gegen diese

Wahlreform

sowohl die Linke (Kommunisten und Nennisozialisten) als die Rechte («Movimento Sociale Italiano», Monarchisten etc.) mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln Sturm laufen werden. Man wird in den kommenden Monaten mit sehr lebhaften Parlamentsverhandlungen rechnen dürfen, doch wird die *gegenwärtige* Mehrheit die Vorlage aller Voraussicht nach gegen alle Obstruktion der Minderheit durchzubringen wissen. Ob auf lange Sicht solche Taktiken der antimarxistischen und antifaschistischen Front zuträglich sein werden, wird die Zukunft lehren. Geboren wurde die geplante «riforma elettorale» bestimmt aus der Erwartung, die im Jahre 1948 erlangte große Mehrheit der Mittelparteien von der «Democrazia Cristiana» bis zu den Sozialdemokraten würde im nächsten Frühjahr zusammenschrumpfen. Qui vivra verra!

Auch an einer andern Angelegenheit haben sich die politischen Gemüter in der letzten Zeit stark entzündet: in der neuen Verfassung der italienischen Republik, die ja viel von der schweizerischen übernahm, ist auch das

Referendumsrecht

festgelegt. Was bei uns eine segensreiche Institution ist, würde sich aber in Italien bei der augenblicklichen politischen Zerrissenheit bestimmt als staatszersetzend erweisen. Es überrascht deshalb nicht, daß die gegenwärtige parlamentarische Mehrheit, wohl erkennend, daß:

Quod licet Helvetico,
non licet Italico,

das Inkrafttreten des Referendumsrechtes durch juristische Spitzfindigkeiten hinauszuschieben sucht, während die Linke natürlich von einer Sabotierung der Verfassung spricht (die Marxisten sind bekanntlich immer ganz besonders verfassungstreu, wenn es ihnen in ihren Kram paßt). Auch in der von der Verfassung vorgesehenen Schaffung von Regionen mit eigenen Parlamenten ist mit Ausnahme der peripherischen Gegenden (Sizilien, Etschland, Valle d'Aosta) nichts weiter geschehen, was sicher im gegenwärtigen Interesse Italiens liegt. Auf die Dauer können sich aber solche systematischen Nichtbefolgungen von Verfassungsgrundsätzen eben doch rächen.

Weniger interessant ist der

wirtschaftliche Sektor

Der Produktionsindex hat in der ersten Jahreshälfte 140 (1939: 100) erreicht, knapp 1 % mehr als letztes Jahr, doch ist der Beschäftigungsgrad sehr unterschiedlich. Während das *Textil*barometer trotz einer kleinen Saisonbelebung immer noch auf Regen steht, herrscht in anderen Branchen Hochbetrieb: die *Bautätigkeit* läuft nach wie vor auf Hochtouren, und das gleiche läßt sich vom *Fremdenverkehr* sagen, der bis Ende August die letztjährigen Rekordziffern bereits um 15 % überstieg (4,2 Millionen statt 3,6 Millionen Gäste in der entsprechenden Vorjahresepoche). Die Arbeitslosenzahl steht nach wie vor auf 2 Millionen, eine erschreckend hohe Zahl, welche die ungenügende Emigration und die langsame Industrialisierung des Südens nicht zu absorbieren vermögen. Solange Italiens Geburtenziffer so hoch bleibt, wird dieses Krebsübel noch jahrzehntelang seine Volkswirtschaft belasten. (In

diesem Zusammenhang sei vermerkt, daß Norditalien heute bereits keinen natürlichen Bevölkerungsüberschuß mehr hat, dafür ein bedeutendes Immigrationsgebiet für Süditaliener geworden ist, denen man in Mailand, Turin etc. auf Schritt und Tritt begegnet.)

Stark verschlechtert hat sich die *italienische Handelsbilanz* in den ersten acht Monaten. Infolge einer Exportsenkung um 12 % und einer Importsteigerung um fast 10 % gegenüber der letztjährigen Vergleichsperiode ist das Defizit auf fast 400 Mrd. Lire angeschwollen, 70 % mehr als im Vorjahre. Nicht ausschließlich, aber weitgehend ist diese Entwicklung eine Folge der fast totalen Liberalisierung des Importes in unserem Nachbarlande und der gleichzeitigen Importrestriktionen in einer großen Zahl der traditionellen italienischen Absatzmärkte, so in Frankreich, Großbritannien, Australien und in andern Sterling-Ländern. Die kommenden Präsidentenwahlen in Amerika haben ihrerseits ungünstige Auswirkungen im Geschäft mit den USA gehabt. Sollten die nächsten Monate keine Ausfuhrsteigerung bringen, so wird Italien kaum darum herumkommen, wenigstens einen Teil seiner liberalen Importpolitik zu opfern. Die schon seit langem angekündigten Exportförderungsmaßnahmen sind bis jetzt toter Buchstabe geblieben.

Als Folge des weiter angestiegenen Brutto-Volkseinkommens, das dieses Jahr die 10 000 Milliardengrenze erreichen dürfte, und des geringeren Finanzbedarfes der Industrie bei größerer Spartätigkeit sind die Banken gegenwärtig liquider als seit vielen Jahren. Dieser Umstand mag auch zu einer leichten Verbesserung der Börsensituation geführt haben, die allerdings von einer Normallage noch sehr weit entfernt ist. Am freien Markt hält sich die italienische Lira mit einem Disagio von bloß 3 % über der offiziellen Kursrate erstaunlich gut. Man darf darin füglich einen Beweis des Vertrauens sehen, das die Welt Italien trotz all seinen Nöten und Sorgen schenkt.

Peregrinus